

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 19.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482 Geschäftsinferat pro Spalten-Zelle oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, 17. September 1904.

Verlag:
A. Bohrborg, Hannover, Steintorstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Schillerstraße 5.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

Ausschreibung!

In Gemäßheit der Beschlüsse des 7. ordentlichen Verbandstages haben der Vorstand und Ausschuß acht besoldete Gauvorsitzende anzustellen. Und zwar:

- Gau 1: Sitz Magdeburg,
- Gau 2: Sitz Dresden,
- Gau 3: Sitz Berlin,
- Gau 4: Sitz Stettin,
- Gau 5: Sitz München,
- Gau 7: Sitz Ludwigschafen,
- Gau 8: Sitz Offenbach,
- Gau 10: Sitz Hamburg,

Die Bewerber haben die Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer seitherigen Tätigkeit schriftlich einzusenden, dabei sind Angaben über Geburt und Eintritt in den Verband zu machen.

Die Bewerber haben eine selbständige schriftliche Arbeit einzureichen über folgende Fragen:

1. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben?
2. Wie hat sich der Gauvorsitzende bei bevorstehenden Arbeitseinstellungen und Aussparungen zu verhalten?
3. Wie ist die innere Zeitung und zweckmäßige Verwaltung einer Zahlstelle zu gestalten?
4. Wie nimmt man eine Zahlstellenrevision vor?
5. Die Bewerber müssen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetze haben und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Die Bewerber wollen angeben, für welchen Gau ihre Bewerbung gelten soll.

Die Anstellung erfolgt durch den Vorstand und Ausschuß zunächst provisorisch, nach Ablauf eines Vierteljahres endgültig unter vierteljährlicher Kündigung.

Die Bewerbungen sind bis zum 1. Oktober dem Unterzeichneten einzusenden.

Hannover, den 27. August 1904.

J. A.: Aug. Brey, Schillerstr. 5, II.

Die Lage der Arbeiter in Papierfabriken.

II.

Für die Arbeitszeit führen wir als Typ die Esslinger Papierfabrik an. Deren vom Jahre 1902 datierende Arbeitsordnung enthält im § 3 folgende die Arbeitszeit regelnde Bestimmungen: „Die regelmäßige Arbeitszeit dauert bei dem erwachsenen männlichen Arbeitspersonal: a) für den ununterbrochenen Betrieb von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends und von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens mit wöchentlichem Schichtwechsel. Sonnabendabends, sowie an Vorabenden der Sonn- oder Feiertage und Sonn- oder Festtags früh findet der Schichtwechsel um 6 Uhr statt. Daraus folgt, daß die Kollegen, die im ununterbrochenen Betriebe tätig sind, eine um die andere Woche 24 Stunden in einer Tour schenken müssen.“

Die Arbeitszeit für ausschließlich Tagesdienst ist von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Sonnabends, sowie an Vorabenden der Feiertage bis 6 Uhr abends. Das weibliche erwachsene Arbeitspersonal hat die gleiche Arbeitszeit, an Sonnabenden oder aber an Vorabenden der Feiertage hat es bis 5 1/2 Uhr abends tätig zu sein. Die Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, bekommen eine Mittagspause von 1 1/2 Stunden gewährt.

Bierundzwanzigstündige Schichten! Welche Höllequal bereiten sie dem, der sie aushalten muß. Man könnte bei ehrlichem Willen eine Hülfschicht einlegen und die lange Arbeitspein um 6 Stunden verkürzen, bis der von der Arbeiterklasse erstrebte achtstündige Arbeitstag errungen ist. Die Arbeiter im Tagesdienst haben eine Arbeitszeit von 11 Stunden, abzüglich der Pausen. Ein solch langer Arbeitstag dürfte für die meisten Papierfabriken gelten, es sei denn, daß Abweichungen nach oben stattfinden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist unbedingt erforderlich. Bis die Gesetzgebung in Deutschland zu einer solchen gezwungen, müßte mindestens nicht über das Maß der Arbeitszeit hinausgegangen werden, welche die gegenwärtige Gesetzgebung bzw. die Schutzvorschriften vorsehen. Bewilligungen zur Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen dürften vom Standpunkt des Arbeiterschutzes nicht gewährt werden. Da aber in Deutschland keineswegs Arbeiterschutz Krumpf ist,

sondern die Interessen der Unternehmer, so hat auch die Papierindustrie die amtliche Erlaubnis erhalten, Arbeiterinnen überarbeiten zu lassen. Allein im Königreiche Preußen haben, nach den Berichten der Fabrikinspektoren, 2772 Arbeiterinnen an 1033 Betriebstagen 43 524 Stunden Ueberarbeit leisten dürfen oder müssen, wie man es eben nimmt. In den übrigen deutschen Vaterländern wird man seitens der Papierindustriellen das Recht der Behörden, Erlaubnis zur Ueberarbeit und Sonntagsarbeit zu geben, nicht weniger in Anspruch genommen haben.

Nach § 105 b der Gewerbeordnung dürfen auf Fabriken usw. Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Der § 105 f gibt den unteren Verwaltungsbehörden die Befugnis, Ausnahmen für bestimmte Zeiten zuzulassen, wenn das zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens für den Betrieb erforderlich sein sollte.

Solch unverhältnismäßiger Schaden muß wohl ziemlich oft gedroht haben, denn in Preußen haben 46 Betriebe für 131 Sonn- und Festtage Bewilligung zur Arbeit erhalten. Eine Zahl von 2810 Arbeitern hat 44 388 Arbeitsstunden an Sonn- und Festtagen geleistet. Die Annahme, daß der Gedanke Veranlassung zur Sonntagsarbeit gegeben, daß die Papiermacherei auch an den himmelheiligen Sonn- und Festtagen auf einem „goldenen Boden“ erhalten werden müsse, ist doch bei unseren „stumpfen“ Fabrikanten ausgeschlossen.

Die von der Gewerbeinspektion in der Papierindustrie ermittelten Verstöße gegen Schutzgesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter betragen im Jahre 1903 in Preußen 134. Bestraft wurden deswegen 31 Personen! Also noch nicht einmal der 4. Teil! Wenn doch nur einmal streikende Arbeiter auch nur annähernd so „gute Richter“ finden würden.

Auch gegen die Schutzgesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurde gesündigt, und zwar in 81 Anlagen: gegen die Dauer der Beschäftigung, die Mittagspausen, die Beschäftigung an Sonnabenden und den Vorabenden an Festtagen, gegen die Vorschriften über die Nachtarbeit und in anderen Fällen. Das ist das Sündenregister aus Preußen. Es ist immerhin ausreichend, die Kollegen und Kolleginnen aus der Papierindustrie zu warnen und auf die Schanzen zu rufen. Erst dann werden auch die Verstoße nicht verborgen bleiben können, die die Gewerbeaufsicht heute aus mancherlei Ursachen nicht ermitteln kann.

Das ahnen auch die Papierindustriellen; sie fürchten das wachsame Auge, sowie auch den Einfluß der Gewerkschaftsorganisation und haben dieser grimmige Fehde geschworen. Mit mehr als einem Falle könnten wir aufwarten, die beweisen würden, wie Unternehmer aus der Papierindustrie Front machten gegen die berechtigtesten Bestrebungen unserer Organisation. Wir führen nur den letzten Fall von Organisationsbekämpfung an, der von der Firma Günther u. Richter in Bodau verübt wurde. Eine Anzahl unserer Verbandsgenossen mußten sofort nach Gründung der Organisation den Fabriktaub von ihren Pantoffeln schütteln. Und dabei lieferte diese Fabrik das Druckpapier für einige sozialdemokratische Zeitungen, welche in Sachsen erscheinen. Es ergab sich der geradezu krasse Fall, daß organisierte Arbeiter eine organisationsfeindliche Firma mit Aufträgen materiell unterstützen mußten. Für den gegebenen Augenblick war wegen der abgeschlossenen Lieferungsverträge nichts zu machen. Aber das Vorwissen gibt doch zu denken, ob nicht ähnlichen Fällen bis zu einem gewissen Grade vorgebeugt werden kann. Es scheint uns das möglich, wenn der sozialdemokratische Parteitag einem Antrag seine Zustimmung gibt, den die Parteigenossenschaft in Hannover zur Annahme vorlegt und welcher lautet:

Der Parteitag empfiehlt den Leitern von Parteidruckereien und solchen Privatdruckereien, die Druckaufträge von der Partei oder von Gewerkschaftsorganisationen auszuführen haben, bei Abschließen von Verträgen über Papierlieferungen darauf zu achten, daß die Papierlieferanten und Papierfabrikanten ihren Arbeitern die Ausübung des politischen und gewerkschaftlichen Vereinsrechts nicht wehren.“

Die Partei und Gewerkschaft sind doch heute so gute Auftragsgeberinnen für die Papierlieferanten, daß diese auf ihre Forderungen in bezug auf Wahrung

verfassungsmäßiger Rechte etwas geben werden. Andererseits haben Partei und Gewerkschaften die Pflicht, ihre materiell lohnenden Aufträge nicht nach solchen Deuten zuzuwenden, die mit den Rechten der Arbeiter aus schäblicher Gewinnsucht Schindluder treiben. Lieben sie Recht und Pflicht, dann können sie den Arbeitern in der Papierfabrikation einen wesentlichen Dienst in dem Kampfe zur Besserung ihrer Lage leisten.

Krankengeld bei Betriebsunfall.

Durch die Reichsunfallversicherungsgesetze werden die in Gewerbebetrieben usw. beschäftigten Personen gegen die Schäden aus Betriebsunfällen versichert. Die Kosten der Versicherung haben die Unternehmer zu zahlen, jedoch entfällt der größte Teil der entstehenden Ausgaben auf diejenige Versicherung, zu welcher die Arbeiter den Hauptteil der Kosten steuern, die Krankenkassen.

Eine Entschädigung aus der Unfallversicherung tritt erst nach Ablauf von 13 Wochen nach Eintritt des Unfalls ein. Die Krankenkassen haben also in den ersten 13 Wochen das allen anderen Kranken zustehende Krankengeld auch an die Unfallverletzten zu zahlen. Vom Beginn der fünften Woche, d. i. vom 29. Tage nach dem Unfall, muß die Kasse das Krankengeld auf zwei Drittel des der Bemessung des Krankengeldes zugrunde gelegten Lohnes erhöhen.

Bei den Mitgliedern der Gemeinde-Krankenversicherungen und der freien Hülfskassen ist das Krankengeld auf zwei Drittel des ortsüblichen Tagelohnes, bei Betriebs- u. Ortskrankenkassen aber auf zwei Drittel des für die Lohnklasse zugrunde gelegten Lohnes zu erhöhen.

Wenn der ortsübliche Tagelohn der Stadt Hamburg z. B. für männliche erwachsene Personen 3 Mk. beträgt, so ist das Krankengeld von der fünften Woche ab 2 Mk. für Mitglieder der freien Hülfskassen, ohne daß es auf die Höhe des Verdienstes ankommt. Der Versicherte einer Ortskrankenkasse aber erhält bei einem Verdienst von 4 Mark pro Tag 2,66 Mk.

Gehört aber ein Verletzter mehreren Krankenkassen an und erhält er von diesen Kassen zusammen bereits 1/2 des fraglichen Lohnes an Unterstützung, dann kann er Anspruch auf diesen Krankengeld-Mehrbetrag nicht erheben.

Ebenso sind diejenigen Personen, welche unter die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft fallen, von diesem erhöhten Krankengeldbezüge ausgeschlossen.

Solche Personen, welche einer Krankenkasse nicht angehören, z. B. sogen. unständige Arbeiter, Gelegenheitsarbeiter, und durch einen Betriebsunfall verletzt werden, haben Anspruch auf Unterstützung an den Unternehmer. Dieser hat nicht nur den Krankengeld-Mehrbetrag, sondern die Krankheitskosten insgesamt in den ersten 13 Wochen nach Eintritt des Unfalls zu zahlen. Der von der Krankenkasse vorgelegte Mehrbetrag ist von dem Unternehmer an diese zurückzuzahlen und darf dem Arbeiter diese Vorlage nicht etwa am späteren Verdienste wieder abgezogen worden, wie das vielfach versucht wird.

Der Unfallverletzte braucht bei der Kasse den Nachweis, daß ein Betriebsunfall vorliegt, nicht zu führen: Es muß sich vielmehr die Kassenverwaltung über die Berechtigung des Anspruches Gewißheit verschaffen. (§. Ziff. 6 der Bekanntmachung vom 30. 9. 85.) Der Anspruch auf den Krankengeld-Mehrbetrag ist allerdings nur bei Vorliegen eines Betriebsunfalls gegeben, sodas über die Zahlung Streitigkeiten entstehen können. Diese werden von der Aufsichtsbehörde, Bürgermeisterei, Kreisbehörde u., entschieden und es empfiehlt sich, für die etwa von der Kasse abgewiesenen Ansprüche deren Entscheidung herbeizuführen.

Rei Jon.

Die deutsche Zuckerindustrie und die Brüsseler Konvention.

Seit einem Jahr ist die Brüsseler Zuckerkonvention in Kraft. Vor einem Jahr gab es unter den Zuckerindustriellen noch manchen Jagghaften, der nicht glauben wollte, daß die deutsche Zuckerindustrie ohne künstliche Förderung durch den Staat würde bestehen können. Eine lebhaftige Agitation gegen die Abschaffung der Ausfuhrprämien, ein scharfes Eintreten für die Bei-

behaltung des Zuckerkartells waren damals an der Tagesordnung. Die deutsche Zuckerindustrie hat jetzt ein Jahr ohne Ausfuhrprämien existieren können, und die Auflösung des Zuckerkartells hat die Gesundung des Zuckermarktes nicht behindert, im Gegenteil, ungesäumt durch künstliche Gebilde, hat der Zuckermarkt die Uebergangszeit leicht überwunden. Die Folgen der Brüsseler Konvention bestanden in einer Steigerung der Weltmarktpreise und in einer Ermäßigung der Preise für den einheimischen Konsum. Vor dem Inkrafttreten der Brüsseler Konvention wurden nämlich die Weltmarktpreise auf künstliche Weise durch die Ausfuhrprämien und durch Zuschüsse, die das Kartell auf zu exportierenden Zucker leistete, unter Druck gehalten, während die Inlandpreise ebenfalls auf künstliche Weise durch das Zuckerkartell auf eine unberechtigte Höhe geschraubt wurden. So erklärt es sich, daß der deutsche Konsum, der den Zucker teuer bezahlen mußte, dazu beitrug, daß die Engländer den durch das Kartell und die Ausfuhrprämien verbilligten Zucker unter dem Herstellungspreis beziehen konnten. Diesen Zuständen machte die Brüsseler Konvention ein Ende. Ein Vergleich der Weltmarktpreise ergibt folgendes Bild:

Es notierten in Hamburg 100 Kilogramm Rohzucker am 1. September:

	1902	1903	1904
September	12,— Mk.	16,90 Mk.	21,75 Mk.
Oktober	12,70	18,15	22,30
März	13,40	18,30	22,35
Mai	13,65	18,50	22,50

Diese Steigerung der Weltmarktpreise ist zu einem großen Teil als eine Folge der Brüsseler Konvention zu betrachten. Denn da die Konvention durch die Entziehung der Prämien eine Einschränkung der Zuckerproduktion zur Folge hatte, so gelangten die einst drückenden Bestände bald wieder auf ein normales Niveau. Eine Verschärfung erfuhr die Preisauflösungsbewegung am Zuckermarkt in jüngster Zeit durch den trockenen Verlauf dieses Sommers, der in Deutschland und Oesterreich-Ungarn dem Wachstum der Rüben nachteilig gemordet ist, so daß in diesem Jahre mit einer geringeren Zuckerproduktion gerechnet wird. Dazu tritt noch der Bedarf Amerikas, der zum Teil mit den Mindererträgen der Kolonialzuckerernte, zum Teil aber auch mit der durch die Brüsseler Konvention herbeigeführten Aufhebung der amerikanischen Prohibitivzölle auf deutschen Zucker in Zusammenhang steht. Wie segensreich die Brüsseler Zuckerkonvention aber für den deutschen Zuckerkonsumenten geworden ist, geht daraus hervor, daß die Preise für inländischen Konsumzucker in Magdeburg gegenwärtig trotz der Zuckerhaufes und trotz der Rübenmiserate circa 14 Mark pro 100 Kilogramm billiger sind als vor zwei Jahren unter der Herrschaft des Zuckerkartells.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ablehnung der Hiberniaversicherung und die neue Lage. — Die Weltrente und der Lebensmittelmarkt. — Die Baumwollzufuhr. — Wasserstand und Eisenbahnen.

Die Hiberniaversicherung wäre also abgelehnt. Dahin entschied am Sonnabend, den 27. August, wenigstens die Generalversammlung in Düsseldorf, der vorläufig das letzte Wort zukommt.

Diese Ablehnung galt in den vorangegangenen Tagen mehr und mehr als sicher. Trotzdem hat es in Düsseldorf an mancherlei Ueberraschungen nicht gefehlt. So stellte sich das der Versicherungsgesellschaft günstige, von der Dresdener Bank vermittelte, Aktienkapital wesentlich niedriger heraus, als vorher meist vermutet wurde: es belief sich insgesamt auf 13 Millionen Mark, während von den 53 1/2 Millionen Gesamtkapital etwas über 50 1/2 Millionen angemeldet waren, so daß gut 32 1/2 Millionen für die Gegenseite (unter der Führung von Reichsrodter und der Berliner Handelsgesellschaft) blieben. Bei der Abstimmung über die Zurückweisung des staatlichen Angebots schied jedoch die Dresdener Bank mit ihren 18 Millionen aus, so daß die Entscheidung mit 29 651 400 Mark Aktienkapital gegen 2 651 200 Mark fiel. Die siegende Partei suchte ferner gleich noch für die Zukunft vorzugeben: es wurde eine Kapitalerhöhung um 6 1/2 Millionen Mark beschlossen und zugleich nach Möglichkeit dagegen Vorkehrungen getroffen, daß die neuen Aktien in die Hände der Rückzahlungsfreunde geraten und deren Einfluß vermindert, ferner, wie beabsichtigt, schwächen könnten. Als Schaaffhausen und die Dresdener Bank sich bereit erklärten, die neuen Aktien mit einem Aufgeld von 40 Prozent zu übernehmen, erhöhte sofort die Gruppe Reichsrodter-Berliner Handelsgesellschaft ihr Gebot entsprechend, so daß die Generalversammlung sich abermals gegen die Dresdener Bank wandte. Zu dem zum Beschluß erhobenen Verwaltungsausschuß heißt es nunmehr: „Das Verlangen der Aktionäre auf die neu anzugebenden Aktien wird abgelehnt und der Vorstand ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat die Einzelheiten der Aktienausgabe festzusetzen und Aktien zu begeben. Vorstand und Aufsichtsrat sollen ermächtigt sein, die Offerten solcher Personen und Institute abzulehnen, von welchen nach ihrem Ermessen anzunehmen ist, daß von ihnen der Besitz der neuen Aktien bezweckt werde, um den Fortbestand der Gesellschaft zu gefährden.“ Die ganze Maßnahme ist nur als ein Schachzug anzusehen, der die Regierung und ihre Freunde in verhängnisvoller Weise für spätere Operationen zu manövrieren soll. Erklärte doch Justizrat Winterfeld ganz richtig, daß eigentlich ein dringendes Geldbedürfnis für das Unternehmen in seiner Weise vorliege.

Unter den Vorständen der Versicherungsgesellschaft traten besonders Geheimrat Behrens als Vertreter der Verwaltung und Kirdorf, der Vorsitzende des Rates des Aufsichtsrats, hervor. Aber Herr Müller als Handelsminister äußerte es wohl noch hitzige Stunden im Landtag an, daß der Führer der preussischen National Liberalen, Adg. v. Sponner, der Generalversammlung präsidieren. Es hat sich da ein alter Kapitalistischer Stempel angedrückt, dessen Einfluß nicht zu unterschätzen ist. Geheimrat Behrens wollte natürlich wieder das Schicksal einer fortschreitenden Verschärfung an die Wand, um das allgemeine kapitalistische Solidaritätsgefühl in Bewegung zu bringen. Dazu war ihm, wie der Geheimrat, das staatliche Angebot viel zu wichtig; ein Unternehmen, das zehn Jahre hindurch durchschnittlich gut 11 Prozent Rendite erzielt und auch noch 5,12 Prozent zu Abschreibungen verwendet habe, brauche sich nicht mit einem Satz von 249 absetzen zu lassen. Der Verwaltungsrat

hatte ferner darauf hingewiesen, die zu erwartende zukünftige Lage des Unternehmens sei bei dem staatlichen Angebot in keiner Weise in Rechnung gezogen worden; die vorhandenen Grundbesitzanlagen könnten bei entsprechender Konjunktur bedeutend erweitert, die Förderungen gesteigert werden; allein bei den Zinsen „Schlägel und Eisen“ und „General Blumenthal“ sei die Förderung von 1 auf mindestens 5 Millionen Tonnenn emporgubringen. Geheimrat Kirdorf wandte sich mehr persönlich gegen Müller, den er abermals des Schwärmens und der Nachlässigkeit beschuldigte. Die Regierung hätte feinerzeit ein Betreiben gegen Preisverhöhungen des Syndikats haben können; er, Kirdorf, habe zwar zunächst nur eine unerbittliche Anregung bei den Berliner Unterhaltungen und Unterhandlungen geben können, aber die endgültige Zustimmung des Syndikats sei kaum zweifelhaft gewesen. Damals jedoch habe die Regierung einen solchen Einfluß nicht gewollt; heute gehe sie mit allen Mitteln auf ein ähnliches und vielleicht noch weiter gestreutes Ziel los; sie werde, wenn sie jetzt die fortschreitende Verschärfung von Kohlenpreisen noch abwehrt, später mit der Zeit von selber dahin gedrängt werden. Andererseits will Kirdorf anscheinend — leider lassen die Zeitungsberichte an dieser Stelle viel zu wünschen übrig — den Beitritt aller fiskalischen Werte (selbst in Oberösterreich und im Saargebiet) nach den vorliegenden Berichten wenigstens zum Syndikat. Offenbar — würde man dann hinzubedenken müssen — um dem Staat alle selbstverständlichen Seitenprämien zu verwehren, da der Staat alsdann streng an den Syndikatsvertrag und die ausführenden Verwaltungsbeschlüsse gebunden wäre.

Die nunmehr entstandene Situation ist für die preussische Regierung die denkbar unerquicklichste. Diese Regierung hat Aktien, aber noch nicht einmal für später eine Mehrheit unter den Aktionären — nach der Kapitalerhöhung erst recht nicht. Sie erstrebt, wie sie nunmehr selber verkündet hat, Einfluß im Syndikat; die gewünschte breitere Basis dafür, eben der Gewinn der Hibernia, ist ihr jedoch vorenthalten. Die Syndikatsherren werden jetzt sogar doppelt mißtrauisch und vorsichtig sein; im fertigen Syndikat werden sie sich wahrscheinlich sicherer und widerstandsfähiger fühlen, wie feinerzeit unter den Schwierigkeiten der Verhandlungen und des Uebergangsradiums. Wie bei jedem Mißlingen, werden ferner Vorwürfe über die Ungeschicklichkeit und Unbegreiflichkeit des ganzen Vorgehens nicht ausbleiben, und zwar sehr mit Recht. Man sieht daher mit begreiflicher Spannung dem ersten weiteren Lebenszeichen seitens der preussischen Regierung entgegen. Herr Kirdorf meint: wenn die Regierung ernstlich eine amfassenbere Berstaatlichungspolitik einleiten wolle, so könne sie heute jederzeit eine parlamentarische Mehrheit dafür finden. Wer glaube jedoch an solch ein erstes Wollen, vor allem wenn es sich gegen die Schachmacher des Westens wenden möchte?

Bei der Erscheinungsweise unseres Blattes ist es schwer, den oft ziemlich unvermittelt sich ändernden Erscheinungen des Lebensmittelmarktes zu folgen.

Im Augenblick (Ende August) beurteilt man seitens des internationalen Großhandels die allgemeine Lage wieder etwas günstiger als in den letzten Wochen, wo besonders in den Vereinigten Staaten die Weizenpreise rasch emporgetrieben worden waren.

Die Vereinigten Staaten sind für die Weizenversorgung Europas, aber auch noch anderer Länder, unentbehrlich geworden. Durchschnittlich stellte sich seit längerer Zeit dieser amerikanische Export pro Jahr auf weit über 200 Millionen Bushels (wovon 30—50 Millionen nach außereuropäischen Absatzgebieten gingen). In den letzten Wochen sank infolge der Nachrichten über zu starke Rasse und häufige Getreidekrankheiten die Exporterwartung zuletzt so tief, daß jede Exportmöglichkeit so gut wie abgemittelt schien — denn die Union braucht selber jährlich etwa 400—500 Millionen Bushels. An der Chicagoer Börse finden wir somit zwischen dem 1. und 20. August ein ganz rapides Ansteigen der Getreidepreise. Nunmehr haben jedoch wesentlich günstigere Nachrichten einen beträchtlichen Rückschlag gebracht; man nimmt an, die Union werde mindestens 100 Millionen Bushels für den Weltmarkt übrig behalten. Ähnlich sind die Viehpreise aus Kanada widerwärtig geworden.

Der Futtermittelbedarf Europas wird gleichfalls nicht so bedenklich groß sein, wie noch vor ein paar Wochen vorausgelegt werden mochte. Deutschland rechnet sogar mit einer ziemlich reichlichen Roggenernte, und mit einem mittelguten Weizenantrag, wobei ferner meist eine hervorragend gute Qualität des Kornes zu verzeichnen ist. Oesterreich-Ungarn gab schon in den letzten Jahren nicht mehr viel Getreide an das Ausland ab; diesmal tritt es allerdings als Käufer auf, jedoch in viel geringerer Maße, als man zunächst anzunehmen schien. Ähnlich die Balkanländer. Auch für Rußland haben die Viehpreise aufgehört; man wird es mit einer Durchschnittserzeugung in Rechnung stellen dürfen. Bringen also Argentinien, Indien und Australien günstige Ernteergebnisse, so ist ein gewisser Ausgleich für das amerikanische und europäische Defizit nicht unwahrscheinlich, so daß eine mittlere Preishöhe auf die Dauer kaum überschritten zu werden braucht.

Am ungünstigsten steht es fast überall auf dem Kontinent mit der Futterernte; doch war vorher der erste Schnitt meist ein ausnahmsweise guter, und die Kartoffeln, wie die anderen Hauptfrüchte, können durch die eingetretenen Niederschläge recht wohl noch eine wesentliche Aufbesserung erfahren. Die amerikanische Weisernte wird als geradezu glänzend bezeichnet.

In Berlin notierte in verfloßener Woche Septemberviezen 161—181 1/2 Mk., Roggen 141 1/2—141 1/2 Mk. In England, dem großen und entscheidenden Hauptfiskus des europäischen Baumwollkonsums, rüstete man sich nachmalig, bis zum volleren Beginn der neueren Kohlfuhr, zur Abwehr der letzten, etwa noch drohenden Gefahren eines Kohlfuhrmangels. Bis Ende August ist abermals eine Betriebs-einschränkung vereinbart worden, deren Ausdehnung für den September man sich vorbehalten hat. In den letzten Tagen haben die Ainerpooler Baumwollpreise wieder etwas angezogen (20. August 5,29 Pence, 26. August 6,46 Pence).

Die trostlosen Wasserstandsverhältnisse, vor allem auf der Ober- und der Elbe, sind noch immer nicht gewichen. Dieser Zustand dauert nunmehr über acht Wochen, zum schweren Nachteil der unmittelbar und mittelbar durch die Dammensystemen bedingten.

Wenn die preussischen Staatseisenbahnen im Juli in ihren Einnahmen eine Höhe erreicht haben, wie nie zuvor in irgendwelchem Monat, so ist die Verschiebung zwischen Wasser- und Schienentransport dabei nicht ohne Einfluß.

Berlin, 28. August 1904. Max Schippel.

Vom sozialen Kampfplatze.

— Vom Streit auf den Farbwerten zu Levertufen ist zu berichten, daß die Fabrikleitung ihren Kampf gegen die Organisationen fortsetzt. Ein in Raden wohnender Arbeiter erhielt von der Direktion der Farbenfabrik auf Anfrage folgendes Schreiben: „Auf Ihr Schreiben vom 13. d. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß wir bereit sind, Sie als Arbeiter einzustellen, vorausgesetzt, daß Sie von unserm Fabrikarzt für gesund befunden werden und nicht Mitglied einer Arbeiterorganisation sind. Lohn nach Leistung, jedoch in i n d e f i n i t

3 Mark pro Tag. Ueberstunden werden extra bezahlt. Die Arbeit ist hier eine dauernde und kann der Eintritt sofort erfolgen. Ihren Kollegen wollen Sie hiervon Mitteilung machen.“

„Achtungsvoll“, steht unter dem Schreiben. Mit der Achtung würde es aber vorbei sein, sobald der Arbeiter den Vorkursen folgte und innerhalb der Fabrik wäre. Das Unternehmertum liebt zwar den Streikbruch, aber nicht die Streikbrecher, und organisierte, rückgratfeste Arbeiter flächen ihm erfahrungsgemäß mehr Achtung ein, auch wenn es sie brutal auf die Straße wirft, als untermüthige Arbeitswillige. Eine Erhöhung des Lohnes hat also der Streik bewirkt, trotzdem er, da alle Streikenden abgereist waren, aufgehoben wurde. Die Millionenfirma wird aber nun auch noch zur Anerkennung der Organisation gezwungen werden müssen. Die endgültige Entscheidung ist der Zukunft vorbehalten; das letzte Wort hat die Organisation mit den Fabrikpächtern noch nicht gesprochen.

— In Köln-Chrenfeld sind bei der Firma Post, Fahrradfabrik und Fassonisenzieherei, Differenzen ausgebrochen. Am 8. September erschien Herr Post vor einem der ältesten Vorarbeiter und bedrohte ihn ohne Veranlassung mit einer Hundepetische. Zwei jugendliche Untergesellen des Vorarbeiters sollten nicht in Tätigkeit gewesen sein, als Herr Post erschien, was aber vom Vorarbeiter bestritten wird. Als der Vorarbeiter sich gegen diese schroffe Behandlungsweise auflehnte, sagte Herr Post dem Meister Rings im Weisene eines anderen Arbeiters, er solle dem alten Schw... sofort kündigen. Von Seiten der Arbeiter wurden drei Mann des Arbeiterausschusses beauftragt, mit Herrn Post in Verbindung zu treten, um diese ungerechte Kündigung rückgängig zu machen. Sie wurden jedoch im Auftrage des Herrn Post von dem Meister Steinheuer abgewiesen; dieser Meister wurde ferner beauftragt, das Feuer unter dem Kessel sofort auszuziehen zu lassen und den Betrieb stillzulegen. Daraufhin verließen die Arbeiter aus Furcht vor Gewalttaten des Herrn Post den Betrieb. Im Anschluß an eine darauf folgende Fabrikbesprechung versuchten die beiden Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen (unserer Organisation und Christlicher Metallarbeiterverband) mit drei Arbeitern bei Herrn Post vorstellig zu werden, um die Differenzen beizulegen. Jedoch wurden sie mit dem Bemerkten abgewiesen, die Arbeiter seien entlassen. Auch ein zweiter Versuch der Vorgenannten, die Sache beizulegen, scheiterte an dem eigentümlichen Verhalten des Herrn Post. Darauf haben die Vertreter und Arbeiter das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Es wird dringend gebeten, den Zugang fernzuhalten.

— Magdeburg. Zu dem Bericht über die Lohnbewegung auf Brandts Nahrungsfabrik ist noch nachzutragen, daß den im Tagelohn arbeitenden Mädchen eine Zulage von 25 Pf. pro Woche gemacht worden und den in Alford arbeitenden 7 bis 7 1/2 Prozent Zulage gewährt worden ist. — Auch auf der Spinnerei und Weberei von Pfeiffer u. Schmidt war eine Bewegung im Fluß, veranlaßt durch die Lohnverhältnisse, die sanitären Zustände und die Behandlung. Es wurde eine Eingabe der Arbeiter der Firma unterbreitet. Diese lehnte es ab, auf die Eingabe einzugehen, sah sich aber veranlaßt, die Arbeiter und Arbeiterinnen nach ihren Wünschen zu fragen. Es wurde die Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verlangt und auch gewährt. Eine Lohnerhöhung wurde zunächst abgelehnt, dann aber, als eine zweite Betriebsversammlung dazu Stellung genommen hatte, wurde eine Lohnerhöhung für Männer pro Stunde 5 Pf. gewährt; Frauen erhalten 50 Pf. pro Woche mehr. Die Erhöhung des Alfordlohnens für männliche Arbeiter beträgt pro Woche 1 Mk.

— Zur Aussperrung in Cöslin hat das Gewerbegericht als Einigungsamt auf Veranlassung unserer Kollegen Stellung genommen. Nach eingehenden Beratungen erklärten sich die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgebers für folgende Einigungsvorschläge: 1. Stundenlohn von 11 Pf., zehnstündige Arbeitszeit, für Ueberstunden 5 Pfennige Zuschlag, Anerkennung der Organisation, Einsetzung einer Schlichtungs-Kommission. Die Arbeitgeber verlangten eine Bedenkzeit von 10 Tagen. Im Laufe dieser Frist wollten sie sich klar darüber werden, ob sie nun die von ihnen provozierte Aussperrung beenden wollen oder nicht. Die Ausgesperrten dagegen hielten am 30. August eine Versammlung ab, in welcher der Kommission die Vollmacht erteilt wurde, auf Grund der gemachten Vorschläge Frieden zu schließen. Bedinglich die Rücksicht auf die Schädigungen, welche die Aussperrung für die Allgemeinheit, Gewerbetreibenden und Gemeinde, mit sich bringt, war es, welche die Arbeiter zu diesem Beschluß veranlaßte.

— Metzer. Der Streik auf der Dängersfabrik ist noch nicht beendet. Herr Baas will eine Verständigung über die Differenzen nicht, hat er doch eine diesbezügliche Anfrage des Vorsitzenden, Kollegen Brey, unbeantwortet gelassen. Offenbar will er sich auch einmal in der Rolle des starken Mannes gefallen lassen. Einen Teil der Streikenden hat er durch Arbeitswillige ersetzt, die eine ganz riesige „Begeisterung“ zur Arbeit haben müssen. Am 1. September gingen die Wogen der Begeisterung so hoch, daß die Arbeitswilligen sich zu einer kleinen Rauffregene gestalten konnten. Zeit zum Brügeln scheint also da zu sein. Unter solchen Umständen hätte Herr Baas doch besser getan, die bestehenden Forderungen der erfahrenen, eingearbeiteten Kollegen zu bewilligen.

Sonntag, den 4. September, tagte im Lokale Gärtel in Frankfurt unsere diesjährige Gaukonferenz. Anwesend waren 4 Kollegen vom Gauvorstand und Vertreter der Zahlstellen: Rudwigschaf, Friesenheim, Mündenheim, Oppas, Dagersheim, Speyer, Frankenthal, Mutterstadt, Eisenberg, Dettelnadelheim, Kaiserlautern, Kassel, Albersweiler, Neustadt, Mannheim, Waldhof und Oetzberg (22 Delegierte). Nichtvertreten war die Zahlstelle Grünstadt. Den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes gab Kollege Stich. Es fanden 13 Sitzungen und einige Besprechungen zur Erledigung der Geschäfte statt. Handzettel wurden 17 600 Stück verbreitet. An Korrespondenzen gingen aus 127 Briefe und Postkarten, eingegangen sind 97 Briefe und Postkarten. Öffentliche Versammlungen wurden abgehalten in 20 Orten von dem Kollegen Wörner, an je 2 Orten von den Kollegen Stabenreich und Greiß und an 2 Orten von den Kollegen Preis und Benz. Das Resultat der Versammlungen war, daß sich viele Kollegen in den Verband aufnehmen ließen. Der Gau wurde gebildet am 1. Oktober 1903 von 11 Zahlstellen. Begründet wurden 7 Zahlstellen, und zwar Mutterstadt, Waldhof, Friesenheim, Kassel, Albersweiler, Neustadt und Grünstadt, so daß jetzt 18 Zahlstellen im Gau 14 bestehen. Der Vorsitzende führte weiter an, daß sich die Vertreter der anliegenden Zahlstellen in einer Gauvorsitzung einfanden, um Stellung zu nehmen zu den Vorkommnissen, wie sie jüngst in der Zahlstelle Rudwigschaf vorgekommen sind, wo der 2. Bevollmächtigte Seibel mit der Kaffe das Weite gesucht hat. Die Delegierten behaupten, daß dadurch ihre Zahlstellen mit in Mitleidenschaft gezogen werden, da die meisten Arbeiter in Rudwigschaf und Umgebung arbeiten und wenig Vertrauen mehr zu den Vertrauensleuten haben. Da der frühere Vorsitzende sein Amt niedergelegt hat und ein Vorsitzender gewählt werden sollte, so beschloßen die Delegierten, eine außerordentliche Gaukonferenz am 4. September nach Frankfurt einzuberufen mit der Tagesordnung: „Die Mißstände in der Zahlstelle Rudwigschaf.“ Auch wurde das Verhalten der Zahlstelle Rudwigschaf gegen den ganzen Gauvorstand gerügt, indem man denselben, wie die Briefe des Kollegen Berg zeigten, gewaltig herabsetzte; sogar sollte ein Kollege des Gauvorstandes ausgekostet werden, der sich gegen die Zeitung der Zahlstelle Rudwigschaf vergangen haben sollte, indem man ihn Schiffe führte, alle Kollegen, die Kritik an der Zeitung übten, aus der Zahlstelle zu entfernen. Da der Vorstand die außerordentliche Gaukonferenz ablehnte, setzte sich der Vorsitzende, Kollege Stich, persönlich mit Kollegen Streß als Offenbach als Vorsitzenden des Ausschusses in Verbindung. Es wurde die Abhaltung einer ordentlichen Gaukonferenz beschloßen. Wie die heutige Verhandlung zeigte, richteten sich alle Debatten auf die Zahlstelle Rudwigschaf. Es wurde der Zeitung zum Vorwurf gemacht, daß sie zu nachsichtig mit Seibel umgegangen und ihm viel zu viel Vertrauen geschenkt habe. Der Kollege Schreiner erklärte, man tue Seibel zu viel Ehre an, weil man seinen Namen so viel nenne, ihm sei es auch lästig genug, daß der Fall vorgekommen sei. Seibel habe sonst gut gearbeitet, das sehe man an dem Gehaltszettel bei Grünzweig und Hartmann, auch habe er Werkstättenversammlungen einberufen bei Guit u. Cie., Kubu u. Adler usw. Die Delegierten standen aber auf dem Standpunkt, daß die ganze Tätigkeit Seibels nur ein Deckmantel war, um leichter seine Schlechtigkeit ausführen zu können. Auch wurde beantragt, daß bis zum heutigen Tage noch keine Revision und Abrechnung stattgefunden hat. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Da die Zeit schon sehr weit vorgerückt war, wurde um 1/4 Uhr die Vormittagssitzung geschlossen. Die Nachmittagsitzung wurde um 3 Uhr durch Kollege Stich eröffnet. Bei Besuchen der Präsenzliste waren alle Delegierten anwesend. Von der Mandatprüfungscommission erstattete Kollege Rapp-Speyer Bericht, daß alle Mandate ordnungsmäßig ausgestellt sind. Kollege Feser erstattete Bericht über die Gaufasse. Dieselbe hatte eine Einnahme von 634,45 M., eine Ausgabe von 593,12 M., bleibt Kassenbestand 102,33 M. Kollege Schreiner erstattete Bericht über die Kassenrevision, indem er mitteilte, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden seien, er solle den Antrag, dem Kassierereid zu erteilen, welcher angenommen wurde. Ueber den 2. Punkt „Die Beschlüsse des Verbandstages und ihre Bedeutung“ erhielt Kollege Streß aus Offenbach das Wort; er teilte mit, daß zurzeit über 400 Zahlstellen mit über 45 000 Mitgliedern bestehen. 42 Anträge zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung haben dem letzten Verbandstage vorgelegen, der bekanntlich Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschloß.

Kollege Streß führte weiter aus, es werde in verschiedenen Zahlstellen vielleicht Widerwillen gegen die erhöhten Beiträge geben. Er führte den Metallarbeiterverband an, der ganz gute Fortschritte gemacht habe, seit er die Arbeitslosenunterstützung einführt. So gut wie Arbeiter in anderen Vereinen (Unterstützungsvereinen) herumzweifeln, wo sie auch wöchentlich 30 Pf. bezahlen, da könnten sie auch dem Verbande beitreten. Die Änderung der Gaueninteilung, welche auch einen besoldeten Gauvorsitzenden für Rudwigschaf bringe, werde sich als nützlich erweisen. Es sei dann gut, wenn man einen fremden besoldeten Gauvorsitzenden nach Rudwigschaf setzen würde. Ein Antrag, der auf dem Verbandstage angenommen wurde, heißt, daß alle Zahlstellen in einer Gemeinde eine Zahlstelle bilden. Demnach haben sich die Zahlstellen Rudwigschaf, Friesenheim und Mündenheim zu vereinigen. Zahlstellen, welche über 100 Mitglieder haben, wählen jeden Monat Kasse an die Hauptkasse abliefern. Weiter führte er an, daß es angebracht gewesen wäre, wenn ein Berichtsfahrer des Parteiblattes anwesend sei. Bekannt sei im Parteiblatt die Tagung der Konferenz gewesen. Dasselbe haben auch viele Delegierte bemängelt und auch, daß kein Bericht von den Verhandlungen des Verbandstages in Hamburg gebracht wurde. Der Referent wirkte noch darauf hin, daß die betreffenden Delegierte in ihren Zahlstellen Bericht erstatten sollten und dafür Sorge tragen, daß bei den Prekommissionen Beschwerde geführt wird. Der Vorsitzende beanstandete noch, daß in unserem Verbandsorgan von einem derartigen Berichte auch nichts zu sehen war. (Der „Proletarier“ hat, genau so wie immer, eine Uebersicht über die Verhandlungen des Verbandstages gebracht.) D. H.) Hieran erstattete der Vorsitzende im Namen der Gaukonferenz Kollegen Streß seinen Dank für seine Ausführungen. Zum 3. Punkt, Anträge der Zahlstellen, lagen folgende Anträge vor: Die nächste Gaukonferenz in Dagersheim abzuhalten; dieser ist angenommen. Die Zahlstelle Kaiserlautern stelle den Antrag, daß bei der nächsten Agitationstour der Gau 14 mit einer weiblichen Referentin bedacht wird; auch angenommen. Ein Antrag, dem Schriftführer für seine Mühe und Arbeit 10 Mark zu bewilligen, wurde angenommen. Der Vorsitzende richtete noch einige kräftige Worte an Delegierten und schloß um 1/2 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation die Gaukonferenz.

Korrespondenzen.

Waldhof - Berlin. Die Zustände auf der Bogelfischen Drahtfabrik (Alliengesellschaft) sind nicht die besten. Die Abfälle sind ungenügend, die Mißstände sind in mehr als gediegender Anzahl vorhanden. Ein Straßsystem belastet die Arbeiter und Arbeiterinnen, das sowohl in der Quantität, als auch in den Bestimmungen der Gewerbeordnung im Widerspruch steht. Soll doch oft den Arbeitern und Arbeiterinnen ein ganzer Tagesverdienst für ganz geringfügige Fehler abgezogen werden. Au-

die Bedrückungen auszuführen, denen die Arbeiter dort ausgesetzt sind, das würde zu weit führen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben denn auch eingesehen, daß der Anschluß an die Organisation erforderlich ist.

Bergedorf. Der Streik der Nagelschmiede und Maschinenfleher ist beendet. Nach 17wöchiger Kampfe, der nur wegen geringfügiger Forderungen — Abschaffung des Prämien Systems, an Stelle dessen eine entsprechende Lohnerhöhung und Einführung einer 1/2stündigen Mittagspause — geführt wurde, die zu bewilligen sich aber die Direktion mit einer seltenen Hartnäckigkeit krühte, augenblicklich, um auch einmal ihre Macht zu zeigen, beschloßen die Streikenden, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. In Anbetracht dessen, daß in den letzten Wochen immer größere Quantitäten Nagel aus Christiania hier eintrafen, zu deren Fertigstellung nach Berechnung Streikender 24 Maschinen erforderlich sind, am Orte selbst 10 Maschinen im Betrieb sind, an denen die aus Norwegen eingetroffenen Arbeitswilligen beschäftigt sind, und der Umstand, daß selbst Streikende, die bisher mit einer seltenen Geschlossenheit ausgeharrt hatten, sich herbeigelassen haben, die Arbeit aufzunehmen, sind die Streikenden zu der Ansicht gelangt, daß unter diesen ungünstigen Verhältnissen der Streik nicht weitergeführt werden könne. Von Seiten der Arbeiter ist nichts unterlassen worden, eine Verständigung mit der Betriebsleitung herbeizuführen. Aber darauf bauend, daß die Chancen für die Fabrik günstig waren, wurde die zum Frieden dargebotene Hand zurückgewiesen. Selbst dem Herrn Sandrat, der bekanntlich eine Unterhandlung anzubahnen versuchte, wurde erwidert, daß hierzu keine Ursache vorhanden sei. Erst am Montag fand sich Herr Strup bereit, mit der Streikkommission zu verhandeln; er nehmenswerthes Resultat zeitigte diese Verhandlung jedoch nicht. Herr Strup erklärte auch hier, daß er bestimmte Zusagen, auch bezüglich der Einstellung der Arbeiter, wenn diese, auch ohne auf ihren Forderungen zu bestehen, die Arbeit wieder aufnehmen würden, nicht erteilen könne. Vorläufig gebrauchte er, infolge der Maschinenfleher, nur 12 Arbeiter. Bis zum 10. September waren 20 Streikende wieder eingestellt. Wegen der Arbeitszeit soll nach Wiederaufnahme der Arbeit nochmals in der Fabrik abgemittelt werden. Hinsichtlich der Prämien und Projekte wurde mitgeteilt, daß diese verfallen sind und den Wiederintretenden nicht angerechnet werden. Durch diese Maßnahmen verlieren die Arbeiter beträchtliche Summen: 30 bis 300 M., die ihnen auf Grund des sawosen Prämien Systems entgehenden worden sind. Allein diese Tatsache beweist zur Genüge, welch eminentes Interesse die Arbeiter an der Abschaffung dieser Einrichtung haben, die ihnen jede freiwillige Regung erschwert. — Der Akkordtarif für Nagelschmiede ist etwas verbessert. — Der einzelnen Sorten im Preise ausgeglichen. Von den großen Sorten Nagel sind Abzüge gemacht und die kleineren Sorten, bei denen bisher am wenigsten verbietet wurde, haben Aufbesserungen erfahren. Im ganzen dürfte etwa eine zweiprozentige Erhöhung der Akkordlöhne eingetreten sein.

Bromberg. Die Erweiterungsarbeiten des Bromberger Hafens sind schon recht weit vorgeschritten. Die Regierung beabsichtigt, auf die dringenden Wünsche der Interessenten der Holzindustrie, den Termin des diesjährigen Holzjahreschlusses nicht, wie geplant, am 1. November, sondern erst bei Beginn eines Stilleschlusses auf der Weichsel stattfinden zu lassen. Sie wird hierzu auch veranlaßt durch die immer milder werdenden Wasserhältnisse auf einem Teil derjenigen russischen Flüsse, die hauptsächlich zum Holztransport nach Deutschland benutzt werden. Die Holzindustrie Deutschlands erleidet durch das Ausbleiben eines Teils ihrer Rohholzvorräte bedeutenden Schäden.

Cannstatt. Eine prächtig besuchte Mitgliederversammlung tagte am 3. September im „Röhl“. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung vom Verbandstage durch Kollegen Wörner. Derselbe gab ein ausführliches Bild über die Verhandlungen in Hamburg; besonders eingehend verbreitete er sich über die Erwerbslosenunterstützung. Eine Diskussion über den Bericht ergab, daß die Mitglieder in ihrer Gesamtheit mit den Beschlüssen einverstanden sind. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, den 3. September, stattfindende Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und verpflichtet sich die Mitglieder, alles daranzusetzen, um nicht nur eine Mitgliederflucht zu verhindern, sondern auch die Zahlstelle nach jeder Richtung hin auszubauen. Beschloßen wurde, diesen Winter einen Schlichtungsausschuß abzuhalten, und werden die Hilfskassierer die Listen zum Einzeichnen vorlegen. Mit der dringenden Aufforderung, jetzt mit Kräften durch mündliche Agitation den Verband zu härten, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen. Die Mitgliederzahl hatte in den letzten Tagen die Zahl 300 bedeutend überschritten.“

Einbeck. Die meisten Kassenbücher entfallen auf der ersten Seite in Kiefenbuchstaben die Worte: „Mit Gott.“ Hinter diesen frommen Worten werden dann die Einkünfte weniger fromm und erbaulich erscheinender, aber sehr einträglichlicher Geschäftspraktiken verbucht. Nach diesem frommen Aufsteher verfuhr wohl die Firma August Stutenbrock in Einbeck, als sie ihren Beschäftigten eine Arbeitsordnung einhändigte, die in ihrer äußerlichen Ausstattung einem Gebetbuche ähnelte und in Goldrand die Worte enthielt: „Bete und arbeite!“ Auch hier deckt die schwermelnde Floskel auf höchst materielle irdische Dinge gerichteten Inhalt. Der § 1 der Arbeitsordnung fordert bedingungslose Unterwerfung. Wer das nicht will, kann der großen Gnade, bei Stutenbrock — beten und arbeiten zu dürfen, nicht teilhaftig werden. Großer Schaden für das leibliche und seelische Heil würde darum allerdings keinem erwachsen. Nach § 2 muß präzise um 8 Uhr morgens „antreten“ werden. Das „Antreten“ findet vom Hauptkontor aus statt. Die Arbeitszeit endigt abends um 7 Uhr. Jedenfalls ist das Wort „antreten“ recht anheimelnd, aber trotz alledem bezeichnend, denn die Arbeitsordnung ähneln ja in manchem den Vorschriften, die man in einer Kaserne findet. Frühstück, Speise- und Mittagspause werden in § 3 geregelt. Die Mittagspause beträgt 1 Stunde; die übrigen Pausen je eine Viertelstunde. Während der Pausen kann das Personal auf seinen Plätzen verweilen, aber „das Aufstehen in Gruppen und Privatgespräche in den Arbeitsräumen sind zu unterlassen.“ So „früher“ geht es ja noch nicht einmal in der Kaserne zu, da darf man sich einen „Knudvoll“ erzählen, wenn nicht „hilfgehenden“ kommandiert ist, und das geschieht wohl während der Essenszeit nicht. Auch nach erfolgtem Austritt aus dem Dienste der Firma August Stutenbrock dürfen deren Geschäftsgeheimnisse in dem Zeitraum von mindestens zwei Jahren nicht preisgegeben werden. Zuwiderhandlungen werden gerichtlich anhängig gemacht, heißt es dann weiter. Wer schwach genug ist, unter dem Zwange einer solchen Drohung eine Arbeit in ähnlichem Geschäft nicht anzunehmen, dem wird die Firma wenigstens gnädig gestatten, verhungern zu dürfen und ihn nicht zum Beten zu zwingen, weil er ja dann nicht arbeiten kann! Ferner soll sich der Berkehr des Personals untereinander in den Grenzen der Pöflichkeit und des Anstandes bewegen; Streitigkeiten und Eindrungen jeder Art sind durchaus zu vermeiden, in keinem Falle dürfen erstere innerhalb der Geschäftsräume zum Austritt gebracht werden. Wie sind der Meinung, daß Streitigkeiten allerdings nicht vorzukommen brauchen. Ob sie aber unterbleiben, weil die Firma sich die Rolle der Anstandskammer aufgibt, ist zweifelhaft. Die Einigkeit, das gute Einvernehmen des Personals untereinander wird aber zweifellos gefördert, wenn dieser der gemeinnützlichsten Organisation sich anschließt würde. Es wird dann noch angekündigt, daß ein „unsozialer Lebenswandel“ unter keinen Umständen geduldet wird, sonst tritt sofortige Entlassung ein. Auch ist dem Personal strengstens unterlagt, Schulden irgend welcher Art zu machen. Die Firma soll nur einen auskömmlichen Lohn zahlen, dann wird das Schaltenmachen unterbleiben. So lange sie das nicht tut, werden ihre Arbeiter auch selbst bei der größten Engherzigkeit dem Grundsatze der Barzahlung nicht folgen. Uebrigens: ist dieser Passus nicht das Resultat der eigenen Erkenntnis, daß man, ohne Schulden zu machen, bei der Firma nicht arbeiten kann, weil eben der Lohn zu niedrig ist? Dann müßte doch aber auch ein Verbot des Schuldenmachens nicht. Die bei der Firma beschäftigten Kollegen sollten erkennen, daß ihr Wahlpruch sein muß: „Organisiert euch!“

Eszen. Am 21. August tagte unsere Versammlung, in welcher das Protokoll der Kartellversammlung bekannt gegeben wurde. An den Vorstand soll ein Bericht gefaßt werden, in welchem eine Unterstützung von 30 M. zur Lösung von Vereinsschulden und zur Agitation beantragt werden soll. Dann wurde ein neuer dritter Bevollmächtigter vorgeschlagen. Der Bericht über das Gewerkschaftsnetz befriedigte allgemein.

Hamburg-Hamm. In der Mitgliederversammlung vom 17. August gab Kollege Wiese einen ausführlichen Bericht vom Verbandstage. Der Kollege Puls meinte, daß viele unserer Mitglieder zu anderen Gewerkschaften übergetreten sind, erstens, weil man sie gezwungen habe, oder weil sie sich mehr Vorteile von anderen Verbänden versprochen. Hoffentlich werde das was besser. Er bedauert, daß der Verbandstag nicht klassifizierte Beiträge eingeführt habe. Zwei Kollegen tabeln ab, daß der Kollege Wiese Anträge zurückgezogen habe. Mit Ausnahme des Kollegen Kutz sind alle Redner mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Der Kollege Wiese stellt verschiedene richtig. Dann wurde auf die Bedeutung des Boykotts verwiesen und auf den Kartellbeschlus aufmerksam gemacht, nach welchem jedes Mitglied 30 Pf. Extrastatut zur Deckung der Boykottkosten zu leisten hat. Diese Extrastatut wird von den Hilfskassierern erhoben. Kern, der auf der Billbrauerei arbeitet, ward ausgeschlossen.

Hamburg-Eimsbüttel. Eine am 23. August tagende Mitglieder-Versammlung nahm nach einem Bericht des Delegierten über den Verbandstag und nach eingehender Debatte folgende Resolution an: Die Zahlstelle Eimsbüttel erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und verpflichtet, nach Kräften unter den Fabrik- und Hilfsarbeitern zu agitieren, um dem Verbande neue Kämpfer zuzuführen. Als dann wurde vom Bevollmächtigten mitgeteilt, daß die Beschlüsse der Zahlstellen Hamburgs schon in die Wege geleitet sei; der nächsten Versammlung werde näheres vorgelegt werden. Alsdann erfolgte die Abrechnung, welche die Anerkennung der Revisoren gefunden hatte; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Es wurden dann Meldungen von Kontrolluren zur Durchführung des Vierboylkotts entgegengenommen und beschloßen, zur Bestreitung der Kosten des Boykotts von jedem Mitgliede 30 Pf. zu erheben.

Hamburg. Die am 23. August tagende Mitglieder-Versammlung nahm den Bericht vom Verbandstage entgegen, den der Kollege Martens gab. Der Verband habe sich in den letzten zwei Jahren sehr gut entwickelt, da er eine Zunahme von rund 14 000 Mitgliedern zu verzeichnen habe. Immerhin sei die Fluktuation noch eine große. So seien in den letzten zwei Jahren 61 000 Kollegen neu aufgenommen, wovon aber ein großer Teil der Organisation wieder den Rücken gekehrt habe. Es sei deshalb die Hauptaufgabe des Verbandstages gewesen, ein Mittel zu suchen, um der großen Fluktuation vorzubeugen. Der Verbandstag habe deshalb beschloßen, die Erwerbslosen-Unterstützung einzuführen. Diese Unterstützung werde in allen Fällen der Erwerbslosigkeit, auch bei Krankheitsfällen, gewährt. Er sei überzeugt, daß die Einrichtung von allen Mitgliedern freudig begrüßt werde, zumal der Beitrag pro Woche nur um 10 Pf. erhöht worden sei. Jedes Mitglied habe nur eine einjährige Karenzzeit zu bestehen, worauf alsdann die Unterstützung gezahlt werde, für das erste Jahr für 24 Tage und für die folgenden Jahre für je 42 Tage. Weiter habe der Verbandstag die Anstellung von 10 besoldeten Gauleitern beschloßen. Diese Einrichtung sei notwendig gewesen, um die Organisations- und Agitationsarbeit erfolgreich zu betreiben. Es sei sicher anzunehmen, daß dem Verband durch die Tätigkeit der Gauvorstände bei Streiks und sonstigen Differenzen Geldkosten erspart bleiben würden, da sie überall sofort eingreifen könnten. Die Anträge auf Erweiterung und achtstündiges Ercheinen des „Proletarier“ seien abgelehnt worden, der hohen Kosten wegen. Zum Statut seien ebenfalls einige Änderungen beschloßen worden. Streitunterstützung könne vom Vorstand in dringenden Fällen vom ersten Tage an gewährt werden. Die Unterstühtung pro Kind und Woche sei von 75 Pf. auf eine Mark erhöht worden. Es sei nun Aufgabe aller Kollegen, für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse zu wirken. Der Bericht wurde noch in einigen Punkten von dem Kollegen Brooks ergänzt. Wäger begrüßt die Beschlüsse des Verbandstages. Er hofft, daß der Verband jetzt neue Verbrüder bekommen wird. Kollege Götner wendete sich gegen den Beschluß, daß der Vorstand das Recht habe, in Ausnahmefällen Streitunterstützung vom ersten Tage an zu gewähren. Es wäre besser gewesen, man hätte für alle Mitglieder vom ersten Tage an Streitunterstützung gezahlt. Die Kollegen Junge und Klöße befürchten, daß der Beitrag von 10 Pf. für die Erwerbslosenunterstützung nicht hinreichte werde, während Kollege Dierckson die Bedenken als nicht stichhaltig ansieht. Folgender Antrag wird einstimmig angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und verpflichtet mit allen Kräften für deren Durchführung zu wirken. Insbesondere begrüßt die Versammlung die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung, in welcher sie einen großen Fortschritt für die Organisation erblickt.

Hieran verlas der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Abrechnung ist revidiert und für richtig befunden. Kollege Brooks fordert die Mitglieder auf, für die am 13. September stattfindende Versammlung recht eifrig zu agitieren, da hierzu die Kollegin Frau Wadwig aus Dresden als Referentin gewonnen sei.

Hörsing. In der Mitgliederversammlung am 24. August gab Kollege Fittgen den Bericht vom Verbandstage. In der lebhaftesten Diskussion wurden die Beschlüsse des Verbandstages von allen Seiten gutgeheißen, besonders wurde die Erwerbslosen-Unterstützung und Anstellung von Gauleitern mit Freuden begrüßt. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß der Verbandstag uns sehr gute Waffen zur mündlichen Agitation geliefert hat, wir müssen jetzt mit frischer Kraft an die Werberarbeit gehen, und der Erfolg wird bei der Zuweisung auf unsere jetzigen Verbandsleistungen nicht ausbleiben.

Rudwigschaf. Raum haben wir mit der Firma Grünzweig u. Hartmann den Tarif abgeschlossen, und schon machen sich Anzeichen bemerkbar, die darauf hindeuten, daß es Personen geben muß, die mit vegetarischen und schändlichen Maßnahmen gegen die Arbeiter vorgehen möchten. So ist es zum nächst ein Kollege, der um eigenen Reibe hat süßen müssen, was es heißt, bei einem der Aufseher in Ungnade gefallen zu sein. Ganz ohne rechtlichen Grund wurde der Kollege an eine Arbeitsstelle lanciert, wo eigentlich alle Tage ein anderer Arbeiter hinkommen soll, weil es da eben unentgeltlich ist. Der Kollege mußte aber 3 Tage in dem Festhau verbleiben. Als er sich dann über die nicht erfolgte Ablösung beschwerte, wurde ihm ins Gesicht gesagt, er heiße die neuen Arbeiter auf. Wir sind überzeugt, daß dies nicht mit Wissen und Willen des Herrn Kommerzienrats geschieht, vielmehr sind es Vorarbeiter, Aufseher und Geschäftsführer, die ein derartiges Vorgehen betreiben, das alles andere, nur nicht arbeitertreulich ist. Dies-

leicht genügen diese Zeilen, um die Herren von der Unrichtigkeit ihrer Maßnahmen zu überzeugen.

Welle i. Hannover. Eine gut besuchte Gewerkschaftsversammlung tagte Sonntag, den 4. September. Ueber die Lage der Arbeiter referierte der Kollege Drey-Hannover. Nach dem Referat wurde einstimmig die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. Am Orte ist eine Fleischkonfektfabrik, Wäpfe-fabrik, Zündholzfabrik und eine Fabrik für künstlichen Dünger. Auf diesen Betrieben sind eine bedeutende Anzahl von Kollegen beschäftigt, die sich für die Organisation sehr interessieren. Es hat sich auch bereits eine große Anzahl Kollegen als Mitglieder aufnehmen lassen.

Bforzhelm. Am 4. September tagte eine Versammlung zwecks Gründung einer Zahlstelle. Kollege Börner aus Cannstatt hatte das Referat übernommen. Die Versammlung war leider nur schwach besucht, doch war eine, den Verhältnissen entsprechende, stattliche Anzahl Kollegen bereit, den Grund zu einer Zahlstelle zu legen. Eine äußerst traurige Erfahrung mußten wir hier machen. Einige Mitglieder des Transportarbeiterverbandes, welche der Versammlung anwohnten, suchten durch alle möglichen Ausfälle diese zu sprengen, und die Gründung einer Zahlstelle der Fabrikarbeiter zu verhindern. Selten werden sich Arbeiter, die noch auf ihre Organisation pochen, so benommen haben wie hier. Es mag als ein Entschuldigungsgrund gelten, daß einige von dem Geiste Alkohol umstrickt waren, immerhin ist ein derartiges Vorgehen das Verwerflichste, was sich zutragen kann. Unter anderem wurde die Behauptung aufgestellt, daß man unsere Organisation nicht brauche, der Transportarbeiterverband sei für alle ungelernen Arbeiter. Trotz des Rabaus, den diese „organisierten“ Arbeiter verursachten, oder besser gesagt, gerade deswegen, wurde der Zweck der Versammlung doch erreicht und werden voraussichtlich auch noch weitere Erfolge erzielt werden.

Reinfeid i. S. Sonnabend, den 20. August, tagte hier eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Der Kampf ums Dasein“. Das Referat hatte Kollege Wiejenhütter aus Darmstadt übernommen. Er schilderte in ausführlicher Weise die Ausbeutung der Frauen, Kinder und männlichen Arbeiter in den verschiedenen Industriezweigen und in der Landwirtschaft. Redner verteilte die noch vorliegende Anschauung, als beschäufliche der Kapitalist die Frauen und Kinder nur aus Menschenfreundlichkeit, um den männlichen Arbeitern die Lebenslage zu erleichtern. Die Prostitution, der Erwerb, möglichst billige und willige Arbeitskräfte zu erlangen, sei vielmehr die Veranlassung. Andererseits würde der verheiratete männliche Arbeiter gezwungen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, seine Frau und seine Kinder in die Fabrik zu schicken, um somit nur den notwendigsten Lebensunterhalt fristen zu können. Man werde mit Wehmut und Groll erfüllt, sehe man auf der einen Seite den großen Reichtum, auf der anderen Seite die ungeheure Armut; auf der einen Seite die abgemagerten Gestalten der Proletarier, auf der anderen Seite die fetten, runden Gesichter der Reichen. Wenn nun die Arbeiter sich organisierten, zusammenschließen, vereinigen, um sich den Kampf ums Dasein zu erleichtern und mehr Lohn von ihren Unternehmern forderten, dann solle die ganze bürgerliche Gesellschaft über die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen in der üblichen Weise her. Ja, nicht allein Anhänger dieser Gesellschaft, sondern auch die Staatsorgane. Statt sich auf die Seite der wirtschaftlich Schwachen zu stellen, unterstütze man noch obendrein die wirtschaftlich Stärkeren, die Kapitalisten. Denn wer habe einen Vorteil davon, wenn es der Arbeiterchaft gelänge, sich ihren Kampf ums Dasein zu erleichtern, wenn die Arbeiterklasse sich ein besseres Einkommen verschaffe? Wenn den männlichen und weiblichen Arbeitern der Kampf um ein besseres Dasein erleichtert werde, so müsse notwendiger Weise ein Rückschlag in der gesunden Entwicklung der arbeitenden Klasse eintreten. In Gegenden Deutschlands, in denen die Ernährung eine schlechte sei und der Kampf um ein besseres Dasein in der heutigen Gesellschaft unterdrückt werde, ginge die Tauglichkeitsziffer bei Rekrutenaushebungen immer mehr zurück. Daß der Staat die Unterdrückten, anstatt sie zu erheben, noch mehr drücken wolle, beweise das Bestehen, durch Bestrafung des Kontraktbruches die Landarbeiter noch fester an die Scholle zu fesseln. Hiermit sehe man abermals, daß man von der Regierung für Arbeiter nichts zu erwarten habe. Nun möge man aber ja nicht glauben, daß durch den Streik, alles erreicht werden könne, sondern dazu gehöre noch die Waffe der gewerkschaftlichen Organisation. Also wolle man ernstlich bestrebt sein, seinen „Kampf ums Dasein“ zu erleichtern, dann müsse man sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Redner geht auch hierauf in eingehender Weise auf die Entwicklung der Organisation ein, wies nach, welche Summen aufgebracht sind zur Unterstützung dieser Arbeiter, welche in der Organisation waren. Nachdem Redner sodann noch die Bedeutung unserer Organisation für die ländlichen Arbeiter nachgewiesen hatte, schloß er mit den Worten: Wollen Sie Ihre Lebenslage auch in Reinfeid bessern, dann hinein in die Organisation der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen, damit auch Sie einmal ein wirklich menschenwürdiges Dasein fristen können, was bei der jetzigen 13-16stündigen Arbeitszeit und bei einem Lohne von 15 Mk. im Sommer und 11 Mk. im Winter pro Woche nicht der Fall ist. In der Diskussion ergriß zunächst ein in den nächsten Tagen 70 Jahre alt werdender Landarbeiter das Wort, der erklärte, daß er auf einem großen Gute in Lübeck deshalb vertrieben worden sei, weil er sich den „Ländlichen Anzeiger“ zwecks Erleichterung einer Stelle nach Ablauf des Vertrages gehalten habe. Es sprachen dann noch ein Tischlermeister und der Bevollmächtigte für Reinfeid. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen. Sie brachte uns einen beachtenswerten Zuwachs an Mitgliedern.

Schoradorf. Mittwoch, den 31. August, tagte eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Börner aus Cannstatt referierte. Zum Schluß ließen sich eine Anzahl Kollegen als Mitglieder aufnehmen. — In der darauffolgenden Mitgliederversammlung, in welcher Kollege Börner über den Verbandstag referierte, erklärten sich die Anwesenden mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und verpflichteten sich, für die Unterstützung der Organisation einzutreten. Der Ausbau der Organisation ist hier auch besonders erforderlich und notwendig, hat doch die Firma Braumiger eine Lohnherabsetzung angeordnet, unter der Begründung, die Arbeiter verdienten den bezahlten Lohn nicht. Dabei werden 2,20 bis 2,50 Mk. bezahlt. Wie sind der Meinung, bei solcher Bezahlung ist es unmöglich, die Arbeiter zu halten. Darin die Arbeiter in der Lage sind, die öffentlichen für ihre Ehefrauen und Kleinkinder eine Abrechnung zu geben und Frauen für dauernde und lehnende Beschäftigung zu zahlen. Geht es, fleißige Arbeiterinnen konnten bis 1,70 Mk. und darüber verdienen. Das heißt, 10,20 Mark pro Woche ist der Lohn für die fleißigsten und geschicktesten Arbeiterinnen. Aber bis jener Grad von Geschicklichkeit erreicht ist, um diesen Lohn zu verdienen zu können, vergehen Wochen und in diesen Wochen gehen jedenfalls die Arbeiterinnen mit noch weniger Geld nach Hause! Diese Bezahlung beträgt so lange, als die Arbeiterinnen nach Arbeiter es nicht verstehen, sich eine bessere Lage durch die Organisation zu erkämpfen.

Langerwiese. Entlassungen, vorgenommen von der Firma Meyer u. Sohn, Hülfsarbeiter und Fruchtsämlerfabrik, gaben Veranlassung zu einer am 9. September tagenden, von mehr als 600 Personen besuchten Volksversammlung, in der Kollege Drey-Hannover referierte. Die Firma habe Leute entlassen, die 6 bis 9 Jahre bei ihr tätig gewesen sind. Nach

dem bislang üblich gewesenen Brauch wurden die Entlassungen erst nach Stillstand der Raffinerie vorgenommen, man entließ nicht die fleißigsten Arbeiter, und die Entlassung war nur vorübergehend, sie galt nur bis zum Wiederbeginn der Kampagne. Hier sei in 12 Fällen von diesem alten Brauch Abstand genommen. Warum? Was taten die Entlassenen? Sie hatten sich der Organisation angeschlossen. Das ist das Recht der Arbeiter, genau wie es das Recht der Firma ist, sich irgend einer Unternehmernorganisation anzuschließen. Die Arbeiter haben noch weitergehende Rechte: ebenso wie die Unternehmer ihre Ware so teuer als möglich zu verkaufen trachten, kann auch der Arbeiter darauf sehen, sich günstigeren Lohnbedingungen zu erziehen. An eine Einstellung der Arbeit braucht da nicht gleich gedacht zu werden. Bei vernünftigem Entgegenkommen der Unternehmer wird es auch zu einer ArbeitsEinstellung in der Regel nicht kommen, nur dann, wenn die Unternehmer den Protest herausstrecken, sich auf den „Herrn im Hause“-Standpunkt stellen, erzwungen gewöhnlich Konflikte, die den Unternehmern schwere Schädigungen bringen. Scharfmacherisches Vorgehen der Unternehmer reizt die Arbeiter, verleiht sie und führt meist zu dem, was die Unternehmer verhindern wollten. Auch hier hat die Firma nur das Feuer geblasen. Ohne ihr blindwütiges Vorgehen wäre eine solche imposante Versammlung jedenfalls nicht zustande gekommen und die Erregung der Arbeiter würde nicht so groß sein. Das Interesse der Arbeiter für den Betrieb müsse vollständig schwinden, wenn sie wie willenlose Sklaven behandelt würden. Man habe den Entlassenen auf die Frage nach dem Grund der Entlassung geantwortet, sie bräuchten vor Ablauf einer Frist von zehn Jahren überhaupt nicht nach Arbeit bei der Firma anzutragen. Daraus müsse man folgern, daß die Entlassung als Strafe für Beteiligung an der Gewerkschaftsorganisation gedacht sei. Die Firmeninhaber bildeten sich fälschlich ein, den Gedanken der Organisation austrotten zu können. Während man beobachte, daß immer mehr Unternehmer mit den Arbeitern Verträge schließen, durch deren Abschluß es den Unternehmern möglich ist, Unterbrechungen und Störungen im Betriebe, hervorgerufen durch Konflikte, zu vermeiden, wende die Firma andere Mittel an; zu ihrem „Iten würde das ohne Zweifel nicht sein. Redner schildert noch das Lohnsystem, die Abzüge, die im Laufe der Jahre gemacht worden, und die schädlichen Wirkungen des Prämienystems für die Arbeiter. Das organisationsfeindliche Verhalten der Firma Meyer u. Sohn sei um so weniger zu verstehen, als sie mit den Organisationen, die sich mit der Regelung des Verbrauches befassen, also den Konsumvereinen, angeschlossen sehr gern Abschlüsse mache. Die Zahl der organisierten Arbeiter in den Konsumvereinen sei aber nicht gering. Organisierte Arbeiter wolle die Firma nicht beschäftigen, dann müßte sie folgerichtig auch kein Geld von organisierten Arbeitern nehmen, aber da handele sie nach einem Sprichwort, das da lautet: „Geld sinkt nicht“. Da unsere Kollegen vielfach Mitglieder der Konsumvereine sind, auch in deren Zeilungen sich befinden, so könnten sie nicht gleichgültig der Behandlung unserer Lagermänner Kollegen gegenübersehen. Der Abschluß an Konsumvereine könne ein geringer nicht sein, da allein im Jahre 1903 14 454 Zentner Zucker, im Jahre 1904 aber 28 035 Zentner, bestimmt für Konsumvereine, nach Hamburg geliefert worden sind. Das seien ganz bedeutende Aufträge, wenn man sich vergegenwärtige, daß am 2. September auf dem Magdeburger Rohzuckermarkt nur ein Umsatz von 7000 Zentnern erzielt worden ist. Gelingt es nicht, eine sachliche Schlichtung der Differenzen herbeizuführen, dann müßten wir uns an die Kollegen und Genossen in den Konsumvereinen wenden, damit diese wenigstens unterrichtet seien, wie man in Lagermünde unsere Verhandlungsgenossen behandle. Redner empfiehlt dann der Versammlung, sie möge zunächst Beschlüsse in der Sache nicht fassen, sondern abwarten, welche Erklärungen die Firma auf seine Anfrage geben werde. Eingelne Redner schilderten dann noch die Behandlung und Vertuschung, die sie als Arbeiter auf dem Werke erfahren haben, und forderten zur Beteiligung an der Organisation auf. Eine Anzahl Personen ließen sich als Mitglieder aufnehmen.

Melzen. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am Sonntag, den 11. September, im benachbarten Götorf, einem Orte mit 2000 Einwohnern, an dem sich Spirit-, Weim- und Kanfängerfabriken befinden. Das Referat über: „Die Lage der Arbeiter“ hatte Kollege Drey-Hannover übernommen, der in einhelligem Vortrage das Thema behandelte und dann die Leistungen unserer Organisation einer Besprechung unterzog. Es ließen sich 12 Personen als Mitglieder aufnehmen.

Heterfen. In der am 7. September tagenden Mitgliederversammlung wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorhlag gebracht. Als Delegierter zur Konferenz wurde Kollege Bogi gewählt. Der Streik auf der Baas'schen Düngersfabrik wurde aufgehoben und bis zu einer günstigeren Zeit vertagt, weil Herr Baas sich jeder Verständigung unzugänglich gezeigt hat und unter den ansässigen Arbeitern leider Ertrag fand. Leute, die früher bei Herrn Baas schon gearbeitet hatten, aber wegen ihrer ganz außerordentlichen Leistungen entlassen wurden, bilden jetzt die Kanstreich-er. Hoffentlich ist es nicht das letzte Mal, daß wir uns mit Herrn Baas und seinem Betrieb beschäftigen müssen. Aufklärung und Organisation werden dann so sein, daß er Arbeitswillige nicht finden kann und auf unsere Forderungen eingehen muß. Die Organisation hat sich schon bei mächtigeren Unternehmern Anerkennung verschafft. Sie wird es auch bei Herrn Baas tun. Vielleicht sieht der Herr dann noch ein, daß es auch in seinem Interesse liegt, wenn er sich über Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Organisation verständigt. — Dadurch seinen Betrieb vor Störungen und Störungen bewahrt.

Werder. In der am 4. September abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde die Abrechnung vorgelegt, die Versammlung erteilte Entlassung. Darauf wurde Bericht vom Verbandstag in Hamburg erstattet. In der Diskussion war man im großen und ganzen einverstanden über die gefassten Beschlüsse. Wohl wurden auch Bedenken laut, daß durch die notwendig gewordene Beitragserhöhung Mitglieder austreten könnten, doch wurden diese Bedenken durch nachfolgende Redner zerstreut. Die Mitglieder haben jetzt größere Vorteile vom Verbande, sie werden ihre Mitgliedschaft sich erhalten und noch Mitglieder gewinnen, sodas auch wir einen Aufschwung zu verzeichnen haben werden. Es wurde dann noch das Verhalten einiger Mitglieder des Bauarbeiterverbandes gegen Mitglieder von uns einer Kritik unterzogen. Diese sehen immer noch nicht ein, daß sie friedlich mit unseren Mitgliedern zusammen zu arbeiten haben. Darauf kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorhlag. Die Hülfsarbeiter, deren Wahl auch vorgenommen, erhalten pro Mark 1 $\frac{1}{2}$ Pf. als Vergütung. Dann wurden, nachdem auch noch eine Bescheid-Kommission gewählt worden, Vereinsangelegenheiten erledigt.

Unausmerkmame Reisegesellschaften
hat das Mitglied Karl Sauer, eingetreteten am 9. September 1903, zu seinem Vorteil gefunden. In Wiesdorf reiste er trotz des Streites ab; er erhielt Reisegeld, damit wäre er abgehenden gewesen, er will aber außerdem den guten Rat erhalten haben, daß er ja nur noch ein paar Wochen Beiträge zu zahlen habe, dann könne er Reisegeld erhalten. Der Kollege, welcher diesen Rat gab, wußte also nicht, daß die dem Mitgliede in den Monaten April, Mai und Juni gewährte Beitragserfreibung nicht als Beitragsfreibung gelten kann, und die nachfolgenden Auszahler in Gierfeld, Dörfeldorf, Dortmund und Bielefeld wußten es auch nicht, denn sie zahlten ruhig aus. In Duisburg kamen 2 Mark zur Auszahlung, ohne

daß der Betrag ins Mitgliedsbuch eingetragen wäre. Es wäre doch bald an der Zeit, daß unseren Auszahlern solche Fehler nicht mehr unterlaufen, sonst müssen wir wieder beginnen und jeden Fehler im „Proletarier“ bekannt geben. Wer das nicht will, der achte auf unsere Bestimmungen. Aber auch die Mitglieder selbst seien hiermit gewarnt. Meistens wissen sie, daß sie das Geld nicht zu beziehen haben; sie reden sich damit herum, „die Kollegen hätten es uns nicht auszahlen sollen“. Das stimmt, aber die reisenden Kollegen hätten es auch nicht verlangen sollen! Wer in Zukunft sich in unrechtmäßiger Weise Unterstützung verschaffen will, der muß es sich dann auch gefallen lassen, wenn ihm das auch abgenommen wird. Das ist das mindeste, was ihm passiert.
H. Drey.

Zur Beachtung!

Das Protokoll vom letzten Verbandstag ist noch nicht fertig gestellt. Mit dem Verband kann daher noch nicht begonnen werden. Der Preis ist 15 Pf. pro Exemplar. Die von den Zahlstellen entnommenen Exemplare müssen von diesen auch bezahlt werden. Bei Bestellungen bis zu 5 Exemplaren muß das Porto von den Bestellern getragen werden. Wir bitten die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner, die Bestellungen uns umgehend zugehen zu lassen.
Stuf. Aug. Drey.

Die Zahlstelle Pödebusch hat die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Monat erhalten.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 31. August folgende Beträge ein:
Sennigsdorf 100,— Broikem 58,53, Magdeburg 103,10, Schiltmar 3,90, Stadtilm 9,40, Darmstedt 48,88, Aderstedt 43,50, Rußau 133,25, Gmünd 12,53, Regen 46,50, Welle 17,30, Wolgast 111,57, Neuhaldensleben 31,80, Meißner 400,—, Wittenberg 125,77, Egenburg 1,50, Braunschweig 2,26, Werburg 75,25, Wülsther 23,19, Dörfel 51,48, Uelzen 200,—, Wiedeborn 15,90, Reinfeid i. S. 23,10, Dessau 317,55.
Schluß: Dienstag, den 13. September, mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
33 147. Ausgestellt am 18. 1. 02 auf den Namen Max Stoppmann in Werber.
18 215. Ausgestellt für Joh. Schögel am 19. Mai 1901 in Meisen.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

San 19 (Abbed). Kaffierer E. Groth, Dorfbstr. 7a, 1. Et. Duisburg. Otto Luft, Fruchtstraße 23, 1. Et. Reisegeldent täglich von morgens 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Eberstadt. August Sternbeck, Köpferstraße 8. Elberfeld. Fr. Priglat, Vogelauerkstraße 40. Essen a. Ruhr. Peter Jung, Brüningstraße 8. Freising. Jakob Härtel, Waigengasse 584. Kempten. Reisegeldent wird in der Herberge „Gasthaus zum goldenen Hock“, Altstadt, zu jeder Tageszeit ausbezahlt. Reges. Vertrauensmann Jos. Niedermeier. Stolzenhagen. Karl Leichert, Francsdorf, Herrenwieserstraße 66.

Briefkasten.

H. S., Fleisdorf. 1. Rein. 2. Böttlich zu nehmen. 3. Unverständlich!

Einen Ortsbeamten

sucht zum baldigen Antritt die Zahlstelle Braunschweig. Die Anstellung erfolgt auf Grund der vom letzten Verbandstag festgesetzten Bedingungen. Die Bewerber müssen Verbandsmitglieder sein. Sie haben eine schriftliche Arbeit a) über die Tätigkeit der Ortsbeamten im allgemeinen, b) über die Gewinnung von Mitgliedern und Erhaltung des Mitgliederbestandes, c) über die Agitationsweise, d) über das Verhalten und Vorgehen bei Streiks, Lohnherabsetzungen und Ausperrungen einzusenden. Die Arbeiten sind an den Kollegen Fritz Ohlendorf, Braunschweig, Charlottenstraße 4a, einzusenden.

Die Konferenz des Ganes 9

wird am 18. September in Köstlin abgehalten.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassierers.
3. Berichte der Delegierten.
4. Verbandsangelegenheiten.

Inserate.

Zahlstelle Brinkum.

Am Sonntag, den 18. September:
Großer Ball
im Lokale des Herrn Wienholz. Anfang 7 Uhr abends. Entree für Herren 50 Pf., Damen 20 Pf. Hierzu laden freundlichst ein
1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstellen in Köln und Umgebung.

Sonntag, den 26. September, nachmittags 3 Uhr, im Lokale „Zum goldenen Löwen“, Ehrenstraße 11, zu Köln, gemeinschaftliche Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Die Agitation in Rheinland-Westfalen, unter besonderer Berücksichtigung der Verbandstagsbeschlüsse. Referent Kollege Fittgen.
2. Die Verschmelzung aller Zahlstellen in Köln und Umgebung. Referent Kollege Otten.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen dringend notwendig.
2,35 Mk.] Der Gauvorstand des Ganes 16.

Zahlstelle Wunsiedel.

Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Sonntag eines jeden Monats im Lokale „Fönitas Garten“ statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird jedesmal dringend erwartet.
1,05 Mk.] Der erste Bevollmächtigte.

Slomke's Städtebuch.

Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Begleiter, 356 Seiten, geb. 1,20 Mk. In allen Buchh. zu haben oder gegen Eins. von 1,40 Mk. bei G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Liebe Kollegin, lieber Kollege! Der Vorstand entbietet dir zunächst seinen kampfgemeinschaftlichen Gruß!

Es naht der 1. Oktober! Wenn du dann die Mitglieder-Versammlung besuchst oder der Hilfskassierer kommt zu dir, um die Beiträge für den Verband in Empfang zu nehmen, so wird dir das mitgeteilt werden, was du ohnehin schon weißt: daß die Beiträge der Kollegen 30 Pf., die der Kolleginnen 20 Pf. pro Woche betragen. Warum du diesen höheren Beitrag bezahlen mußt und **welcher Nutzen** dir aus der **höheren Beitragsleistung** erwächst, das auseinanderzusetzen soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Zunächst sei ein Wort darüber verloren, was unsere Vereinigung durch vereintes Ringen und Streben bislang geleistet hat. Bis zum 31. März 1904 ist die Summe von

38 445 Mark 85 Pfennig

an wandernde Kollegen ausgegeben, um diesen, welche auf der Landstraße ein gewiß nicht beneidenswertes Los hatten, einen **Not- und Behrgrößen zu bieten!** Zur **Eringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen**, zur **Abwehr von Lohn-Verabschungen** sind bis zum 31. März dieses Jahres

490 887 Mark 71 Pfennig

verausgabt worden. Um einer großen Anzahl von Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich gegen **Unrecht zu wehren und ihr Recht zu verteidigen**, sind

11 178 Mark 92 Pfennig für Rechtschutz

ausgegeben worden. An Kollegen, die an anderen Orten eine neue Arbeitsgelegenheit ergreifen wollten, wurden

29 672 Mark 37 Pfennig Umzugsgeld

gewährt. An Kollegen, deren Ehehälften gestorben, oder an die Hinterbliebenen verstorbener Kollegen wurden

23 667 Mark Sterbegeld

bezahlt, und an solche Kolleginnen und Kollegen, die Maßnahmen der Unternehmer ausgekehrt waren, gelangten

38 545 Mark Unterstützungsgelder

zur **Auszahlung**. Diese materiellen Beihilfen, gewährt zur Besserung der Lebenslage, gegeben in Kottagen, in denen die Empfänger sich befanden, sind bedeutende, und waren geeignet, die Lage der Mitglieder zu bessern.

Bei den aufgezählten **Unterstützungseinrichtungen** wollte die Organisation nicht stehen bleiben, denn **Stillstand ist Rückgang!** „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ ist aber unsere Lösung.

Von dem Gedanken ausgehend, die **Vorteile unserer Mitglieder** immer nachhaltiger und besser wahrzunehmen, beratschlagten unsere letzten Verbandstage über die

Einführung der Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung.

Lange wogte der Meinungskampf! In eingehenden Beratungen vor dem letzten Verbandstage, in Mitglieder-Versammlungen, in dem Verbandsorgan erklärte sich die erdrückende Mehrzahl der Kollegen für Einführung der Unterstützung. Der **Verbandstag brachte die Entscheidung!**

Im Zeitalter der Technik, im Zeitalter des Verkehrs, wo Unsummen von Händen durch die Maschinen überflüssig gemacht oder durch ausländische Arbeiter ersetzt werden, tritt für die Kolleginnen und Kollegen ein **fortwährender Druck auf die Löhne ein**. Das große Angebot von Arbeits Händen erlaubt es den Unternehmern, die Löhne herabzusetzen oder bei gleichbleibender Bezahlung größere Leistungen von den Arbeitern und Arbeiterinnen zu fordern. Dieses Streben der Unternehmer hat dann Erfolg, wenn die Arbeitenden nicht organisiert sind, **keine Stütze, keinen Stab, keinen Rückhalt haben**. Gegen das Lohnquetschen der Unternehmer anzukämpfen, haben organisierte Arbeiter mancherlei Mittel, darunter auch die organisierte, gemeinsame Arbeitsverweigerung, die **Einstellung der Arbeit**. Aber nicht unter allen Umständen ist dieses Mittel anzuwenden, sehr oft empfiehlt es sich, in passiver Weise Widerstand zu leisten. Dieser passive Widerstand gegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist eben unmöglich, wenn die Vereinigung **Arbeitslosen-Unterstützung nicht gewährt**. Jeder **Verschlechterung, Knechtung und Unterdrückung** müssen die Arbeiter sich dann fügen, denn es bleibt ihnen nur die Wahl zwischen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder der **Pein des Hungers, der Not und dem Elend, welches die Arbeitslosigkeit mit sich bringt**. Viele wählen dann die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als **das kleinere Uebel**. Die Gewährung einer Arbeitslosen-Unterstützung bewahrt die Arbeiter also davor, sich dem Unternehmer auf Gnade oder Ungnade ergeben zu müssen! Die Organisation, welche **Arbeitslosen-Unterstützung** gewährt, steift ihnen den Rücken und wirkt dadurch gegen **Verschlechterung der Löhne**.

Die stetige Zunahme der Bevölkerung vergrößert die Zahl der Arbeitsuchenden; der Fortschritt in dem Maschinensystem engt die Nachfrage, den Bedarf an **menschlichen Arbeitskräften, an Händen** immer mehr ein. Es wächst die industrielle Reserve-Armee, die Unsicherheit der Arbeiterexistenz nimmt zu, die **Arbeitslosigkeit** wird eine allgemeine Plage für jeden Lohnarbeiter! Die überschüssigen, freigesetzten Hände bilden eine stete Gefahr für die in Arbeit Stehenden, sind erstere doch nur zu oft bestrebt, zu niedrigerem Lohn besser bezahlte Arbeiter oder Arbeiterinnen von den Arbeitsplätzen zu verdrängen, zu unterbieten. Die **Gewährung von Arbeitslosen-Unterstützung verhindert auch diese Art Lohndruck!**

Wer tritt aber heute unterstützend für die Arbeitslosen ein, wenn es die **Organisation nicht tut?** Niemand! Der Unternehmer nicht, die Gemeinde und auch der Staat nicht! Der Arbeitslose, der nicht **verhungern will**, muß den Gang zum Armenpfleger machen; gegen das Einsengericht einer mageren Unterstützung verkauft er dann seine wichtigsten Rechte, er wird unserem Kampfe entzogen. **Wir büßen einen Mitstreiter ein** — das Unternehmertum wird einen Widersacher und Bekämpfer los! Wie oft hat sich das nicht im Laufe der Jahre abgespielt! **Nun soll es anders werden!**

Arbeitslosigkeit, Krankheit, das sind die schicksalsschwersten Worte für die **Arbeiter und ihre Familien**. Wo die Arbeitslosigkeit über die Schwelle des Arbeiterheims schreitet, da verschwinden Wohlgergehen und Frohsinn, die bleiche Not, Entbehrung, Hunger und Kummer ziehen ein. **Arbeitslos sein** bedeutet Verarmung, Verschuldung, Verpfändung der unentbehrlichsten Gabefähigkeiten. Die Arbeitslosigkeit treibt ehrliche Menschen auf die abschüssige Bahn der Vergehen, sie bringt monatelanges Hinschleppenlassen an der Kette des Gläubigers, des Kreditgebers; sie erzeugt jenen Zustand des Stumpf sinns, der jedes Aufrufen zu einer Tat unmöglich macht, jeden Widerstand bricht; sie führt zur vollendeten Ohnmacht, zur Verzweiflung, — welcher der Mensch nur noch auf Erlösung durch den Tod hofft. Wir wollen aber aus unseren Kollegen nicht durch Elend und Not **zermürbte Menschen machen lassen, sondern sie uns als hoffnungsfrohe, kampfesfreudige Mitstreiter erhalten**. Durch Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ist uns das ermöglicht.

Tausende unserer Kollegen sind ungenügend, aber **viele, viele Landarbeiter** gar nicht gegen die Gefahren der Krankheit versichert. Ist der Körper den Strapazen der Arbeit nicht mehr gewachsen, werden die Kollegen aufs Krankenlager geworfen, dann beginnen trübe Zeiten, in denen es an dem Notwendigsten mangelt.

Wohlan, der Verbandstag hat durch den Beschluß, **Erwerbslosen-Unterstützung** zu gewähren, unseren Verbandsgenossen die Möglichkeit gegeben, sich sowohl gegen die drohenden Gefahren der Arbeitslosigkeit, **als auch der Krankheit** zu schützen, denn die Unterstützung wird sowohl für Krankheit, als auch für Arbeitslosigkeit an die Mitglieder gegeben.

Bereits nach **einjähriger Mitgliedschaft** gelangt die Erwerbslosen-Unterstützung für **24 Tage zur Auszahlung**; sie steigt nach der längeren Dauer der Mitgliedschaft nach folgender Staffel:

für männliche Mitglieder			für weibliche Mitglieder		
von	pro Tag	pro Woche	von	pro Tag	pro Woche
52 Wochen	1,- Mk.	6,- Mk.	52 Wochen	0,50 Mk.	3,- Mk.
104	1,10	6,60	104	0,55	3,30
156	1,20	7,20	156	0,60	3,60
208	1,30	7,80	208	0,65	3,90
260	1,40	8,40	260	0,70	4,20
312	1,50	9,-	312	0,75	4,50

Die **Gesamtsumme** der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zu gewährenden Erwerbslosen-Unterstützung beträgt nach einer Mitgliedschaft

von	für männl. Mitglieder	für weibl. Mitglieder
52 Wochen	24,- Mk.	12,- Mk.
104	46,20	23,10
156	50,40	25,20
208	54,60	27,30
260	58,80	29,40
312	63,-	31,50

Für auf der Reise befindliche Mitglieder wird an den vom Vorstand bestimmten Zahlorten eine Reise-Unterstützung von pro Tag 1 Mark gewährt, in der Gesamthöhe und nach den Grundsätzen der Erwerbslosen-Unterstützung.

Mit Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung haben wir innerhalb unserer Organisation ein wohlgefügtes Unterstützungssystem. Wir haben dadurch eine **echte Kampf- und Widerstands-Organisation bekommen!**

Dafür, lieber Verbandsgenosse und liebe Verbandsgenossin, sollst du nur 10 Pfennig Beitrag pro Woche mehr entrichten. Du wirst das mit Freuden tun, denn diese **Beitragserhöhung dient zu deinem Besten!**

Ein Wort an dich, **liebe Arbeiterfrau!** Wenn heute das Einkommen deines Gatten nicht niedriger ist, dann dankst du das der gewerkschaftlichen Vereinigung! Wenn du nicht willst, daß noch in erhöhtem Maße Einschränkungen und Entbehrungen bei euch einzutreten sollen, dann ermuntere deinen Gatten jetzt und immerdar, daß er sich seine Rechte durch regelmäßige Beitragsleistung bei dem Verbands erhält, **Mitglied bleibt**. Die **Erwerbslosen-Unterstützung** kommt dir und deinen Lieben zugute, — **verschafft, erhaltet sie euch!**

An euch, **Hilfskassierer**, die ihr euch der hohen Aufgabe unterzogen habt, den Verbandsgenossen das Verbands-Organ zuzustellen, richten wir in diesem Zeitabschnitt, in welchem der Verband sich befindet, die Aufforderung zu **ganz besonderer Pflichterfüllung**. Seid gerade jetzt ganz **unerwüchlich!** Macht die Verbandsgenossen bekannt mit der großartigen Einrichtung, die der Verbandstag durch fast einmütigen Beschluß für sie geschaffen hat!

Werbet neue Verbandsgenossen!

Bevollmächtigte und Vertrauensmänner! Laßt keine Gelegenheit vorüber gehen, um die Mitarbeiter und Kollegen, die uns noch fern stehen, aufmerksam zu machen auf die Bedeutung, die die Organisation durch **Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung** erlangt hat. Auf zum **energischem geistigen Kampf** gegen die Gleichgültigkeit, für **Aufklärung** unserer Kolleginnen und Kollegen!